

Düsseldorf, 13.09.2017

Pressemitteilung
des Bleiberechtsbündnisses Nedaje Afghan – Afghanischer Aufschrei

Bunter und lauter Protest am Düsseldorfer Flughafen gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Am gestrigen Dienstag wurden vom Düsseldorfer Flughafen bis zu zwölf Menschen nach Afghanistan abgeschoben. Die Abschiebung in das Kriegsgebiet bedeutet die Inkaufnahme von Gefahren für Leib und Leben der betroffenen Menschen, denn in Afghanistan gibt es keine sicheren Gebiete. Dies bezeugen zahlreiche aktuelle Berichte von Menschenrechtsorganisationen und der UN.

Gegen diese Abschiebep Praxis der Bundesrepublik und einiger Bundesländer demonstrierten heute ca. 300 Menschen mit einem lautstarken und bunten Protest, welcher von 17-19 Uhr im Düsseldorfer Flughafen stattfand. Organisiert und unterstützt wurde der Protest von mehr als 25 Organisationen und Initiativen aus NRW, welche auch in ihren Redebeiträgen und einer Schweigeminute das skandalöse Festhalten an Abschiebungen nach Afghanistan aufs Schärfste kritisierten.

So erklärt A.Rahimi von Nedaje Afghan – Afghanischer Aufschrei: „Nedaje Afghan – Afghanischer Aufschrei protestiert, um der deutschen Öffentlichkeit das bereits seit Jahrzehnten andauernde Unrecht zu vermitteln, das in Afghanistan geschieht. Wir wollen verdeutlichen, dass keine Abschiebung nach Afghanistan legitim ist und immer den möglichen Tod der Menschen in Kauf nimmt, egal wie die Bundesregierung diese begründet! Der Straftäter- und Gefährderdiskurs soll die EU-weit beschlossenen Abschiebepläne in das Kriegsgebiet Schritt für Schritt legitimieren.“ In diesem Kontext beschreibt Rahimi, dass die Abschiebep Praxis der Bundesrepublik nach Afghanistan einer Todesstrafe gleichkäme. In den letzten 10 Monaten, so sagt er weiter, habe sich die Lage in Afghanistan dramatisch verschlechtert: „Afghanistan ist nicht sicher!“

Die vor Ort anwesenden Organisationen forderten nicht nur den Stopp von Abschiebungen nach Afghanistan, sondern auch die Anerkennung der Schutzbedürftigkeit geflüchteter Menschen aus Afghanistan. "Asylanträge von Menschen aus Afghanistan prinzipiell für unbegründet zu erklären, wie es seit 2016 zunehmend Praxis des BAMF ist, ist eine politische Entscheidung von ganz oben, die die Kriegsrealität einfach ausblendet." beklagt Niko Teuber vom Bündnis.

"Wir freuen uns jedoch über das Erscheinen zahlreicher Unterstützer*innen sowie Pressevertreter*innen, die belegen, dass derzeit nicht alle gesellschaftlichen Kräfte dem Druck von Rechtsaußen nachgeben".

In weiteren Redebeiträgen wurden die unter anderem für heute und morgen von Düsseldorf aus angesetzten Sammelabschiebungen nach Kosovo, Serbien und Albanien kritisiert.

Pressekontakt:

N. Teuber
Mail: afghanischer-aufschrei@riseup.net
Tel. 0152/19454940